

## **Antwort**

### **der Bundesregierung**

#### **auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Stephan Brandner, Martin Hess und der Fraktion der AfD – Drucksache 20/12296 –**

#### **Personeller Wechsel und Kontinuität im System der Gewaltenteilung – Stand: 30. Juni 2024**

##### Vorbemerkung der Fragesteller

Mit der Kleinen Anfrage „Personeller Wechsel und Kontinuität im System der Gewaltenteilung – Stand: 30. Juni 2023“ (Bundestagsdrucksache 20/7539) wurde unter anderem erfragt, wie viele und welche der Bundesbeauftragten vor ihrer Ernennung Mitglieder oder Mitarbeiter einer Bundes- oder einer Landesregierung oder Mitglieder des Deutschen Bundestages gewesen sind. Mit dieser Kleinen Anfrage sollen die bereits vorliegenden Daten auf einen aktuellen Stand gebracht werden.

##### Vorbemerkung der Bundesregierung

Als Mitarbeiter oder Angestellte der Bundesregierung und ihrer nachgelagerten Behörden werden alle Beschäftigten des Bundeskanzleramtes sowie der Bundesministerien und ihrer Geschäftsbereichsbehörden verstanden. Für die Legislaturperioden 12 bis 19 ist jeweils der letzte Tag der Legislaturperiode als Stichtag zugrunde zu legen. Für die 20. Legislaturperiode ist der 30. Juni 2024 als Stichtag zugrunde zu legen.

Die Bundesregierung weist darauf hin, dass sie – in Abwägung mit dem parlamentarischen Informations- und Fragerecht – bei der Beantwortung verfassungsrechtliche und einfachrechtliche Vorgaben zugunsten der Beschäftigten zu beachten hat. Zum Schutz des Grundrechts auf informationelle Selbstbestimmung (Artikel 2 Absatz 1 i. V. m. Artikel 1 Absatz 1 des Grundgesetzes) und unter Beachtung datenschutzrechtlicher sowie arbeits- und beamtenrechtlicher Vorschriften dürfen über Beschäftigtendaten allenfalls in anonymisierter Form zusammengefasste Angaben gemacht werden, die keine Rückschlüsse auf die Identität einzelner Beschäftigter beziehungsweise deren Daten zulassen.

Es wird darauf hingewiesen, dass für die Beantwortung der Kleinen Anfrage keine offiziellen Statistiken verwendet werden konnten, da die erfragten Informationen nicht statistisch bzw. systematisch erfasst werden.

Die Daten mussten daher im Rahmen einer Ressortabfrage erhoben werden. Nach Artikel 65 Satz 2 des Grundgesetzes leitet jede Bundesministerin und jeder Bundesminister ihren und seinen Geschäftsbereich selbständig und unter eigener Verantwortung. Hiervon ist auch die Personalverwaltung umfasst. Die nachfolgenden Angaben beruhen daher auf den Beiträgen der Ressorts, soweit diese mit zumutbarem Aufwand erhoben werden konnten. Da die angefragten Daten in den Ressorts nicht einheitlich, nicht in gleichem Umfang, für unterschiedliche Zeiträume oder zum Teil gar nicht erfasst werden, sind die nachfolgenden Angaben bezogen auf die Ressorts unvollständig und nur sehr eingeschränkt belastbar. Personalakten als eine der Informationsquellen werden zum Beispiel beim Wechsel der oder des Beschäftigten zu einer anderen Behörde an diese abgegeben oder bei deren oder dessen Ausscheiden aus dem öffentlichen Dienst nur fünf Jahre aufbewahrt (vgl. insoweit § 113 des Bundesbeamtengesetzes). Eine Reihe der angefragten Daten können jedoch über öffentlich zugängliche Informationsquellen erschlossen werden, wie zum Beispiel das Datenhandbuch des Deutschen Bundestages.

1. In wie vielen und welchen Fällen der Besetzung eines Richteramtes am Bundesverfassungsgericht erfolgte nach Kenntnis der Bundesregierung bislang seit dem Beginn der 12. Legislaturperiode jeweils pro Legislaturperiode ein Wechsel
  - a) von einem aktiven oder ehemaligen Mitglied der Bundesregierung oder
  - b) von einem Staatssekretär in einem Bundesministerium oder
  - c) von einem Mitarbeiter in einem Bundesministerium oder
  - d) von einem ehemaligen Mitglied der Regierung der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republikin ein Amt eines Richters am Bundesverfassungsgericht?

Es wird auf die Antwort der Bundesregierung zu den Fragen 1a bis 1d der Kleinen Anfrage der Fraktion der AfD auf Bundestagsdrucksache 20/2927 verwiesen. Zum Stichtag 30. Juni 2024 haben sich keine Änderungen ergeben.

2. In wie vielen und welchen Fällen erfolgte bislang seit dem Beginn der 12. Legislaturperiode bei der Besetzung eines Bundesministeramtes oder des Amtes eines Staatssekretärs in einem Bundesministerium jeweils pro Legislaturperiode ein Wechsel
  - a) von einem aktiven oder ehemaligen Mitglied eines Landesparlaments oder
  - b) von einem Mitglied einer Landesregierungin solch ein Amt?

Es wird auf die Antwort der Bundesregierung zu den Fragen 2a und 2b der Kleinen Anfrage der Fraktion der AfD auf Bundestagsdrucksache 20/2927 und auf Bundestagsdrucksache 20/7806 verwiesen. Zum Stichtag 30. Juni 2024 haben sich keine Änderungen ergeben.

3. In wie vielen Fällen wurden nach Kenntnis der Bundesregierung seit dem Beginn der 12. Legislaturperiode ehemalige Richter am Bundesverfassungsgericht jeweils pro Legislaturperiode
- Mitglieder der Bundesregierung oder Staatssekretäre in einem Bundesministerium oder
  - Mitarbeiter in einem Bundesministerium?

Es wird auf die Antwort der Bundesregierung zu den Fragen 3a und 3b der Kleinen Anfrage der Fraktion der AfD auf Bundestagsdrucksache 20/2927 verwiesen. Zum Stichtag 30. Juni 2024 haben sich keine Änderungen ergeben.

4. Wie viele Mitglieder der Bundesregierung oder Staatssekretäre in Bundesministerien oder ehemalige Angestellte in Bundesministerien und der Bundesregierung und ihre nachgelagerten Behörden wechselten bislang seit dem Beginn der 12. Legislaturperiode jeweils pro Legislaturperiode in Ämter der Deutschen Bundesbank?

Es wird auf die Antwort der Bundesregierung zu Frage 4 der Kleinen Anfrage der Fraktion der AfD auf Bundestagsdrucksache 20/2927 verwiesen. Zum Stichtag 30. Juni 2024 haben sich keine Änderungen ergeben.

5. Wie viele und welche der Bundesbeauftragten waren bislang seit dem Beginn der 12. Legislaturperiode nach Kenntnis der Bundesregierung jeweils vor ihrer Ernennung
- Mitglieder oder Mitarbeiter der Bundesregierung oder Mitglieder des Deutschen Bundestages oder
  - politisch anderweitig Verantwortliche in einem der Verfassungsorgane des Bundes?

Die der Bundesregierung vorliegenden Daten zu den Bundesbeauftragten seit dem Beginn der 12. Legislaturperiode können der nachfolgenden Übersicht entnommen werden.

Bundesbeauftragte(r)	Ressort	Frage 5	
		a	b
Beauftragte(r) der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration sowie Beauftragte(r) der Bundesregierung für Antirassismus (Ämter in Personalunion)	BKAmt	4	1
Beauftragte(r) der Bundesregierung für Digitalisierung		1	0
Beauftragte(r) für die Nachrichtendienste des Bundes		8	0
Beauftragte(r) der Bundesregierung für Ostdeutschland		1	0
Beauftragte(r) der Bundesregierung für Mittelstand und für die neuen Bundesländer	BMWK	5	0
Beauftragte(r) der Bundesregierung für Tourismus		5	0
Sonderbeauftragte(r) der Bundesregierung für die Leitung der Umsetzung der Extractive Industries Transparency Initiative (EITI)		2	0
Koordinator(in) der Bundesregierung für Luft- und Raumfahrt		8	0
Koordinator(in) der Bundesregierung für die maritime Wirtschaft		6	0

Bundesbeauftragte(r)	Ressort	Frage 5		
		a	b	
Beauftragte(r) der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten	BMI	8	0	
Beauftragte(r) der Bundesregierung für Informationstechnik		4	0	
Beauftragte(r) der Bundesregierung für jüdisches Leben in Deutschland und den Kampf gegen Antisemitismus		1	0	
Sonderbevollmächtigte/r der Bundesregierung für Migrationsabkommen <sup>1</sup>		0	0	
Bundesbeauftragte(r) für die Behandlung von Zahlungen an die Konversionskasse		kA	kA	
Beauftragte(r) der Bundesregierung für Fragen der Abrüstung und Rüstungskontrolle	AA	0	0	
Beauftragte(r) der Bundesregierung für Menschenrechtspolitik und Humanitäre Hilfe im Auswärtigen Amt		7	0	
Beauftragte(r) für die deutsch-französische Zusammenarbeit		6	0	
Koordinator(in) für die deutsch-polnische zwischen-gesellschaftliche und grenznahe Zusammenarbeit		2	0	
Koordinator(in) für die transatlantische zwischengesellschaftliche, kultur- und informationspolitische Zusammenarbeit		7	0	
Koordinator(in) für die gesellschaftspolitische Zusammenarbeit mit Russland, den Ländern der östlichen Partnerschaft und Zentralasien <sup>2</sup>		3	0	
Sonderbeauftragte(r) der Bundesregierung für Afghanistan und Pakistan <sup>3</sup>		0	0	
Sondergesandte(r) der Bundesregierung für die Länder des westlichen Balkans		1	0	
Sonderbeauftragte(r) für internationale Klimapolitik		0	0	
Koordinator(in) für die zwischengesellschaftliche Zusammenarbeit mit dem Südkaukasus, der Republik Moldau sowie Zentralasien <sup>4</sup>		1	0	
Beauftragte(r) der Bundesregierung für Menschenrechtsfragen im Bundesministerium der Justiz (und für Verbraucherschutz) (zgl. Verfahrensbevollmächtigte(r) vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte)		BMJ	0	0
Beauftragte(r) der Bundesregierung für die Anliegen von Betroffenen von terroristischen und extremistischen Anschlägen im Inland			2	0
Koordinator(in) der Bundesregierung für Bessere Rechtsetzung und Bürokratieabbau	8 <sup>5</sup>		0	
Beauftragte(r) der Bundesregierung für die Belange von Menschen mit Behinderungen	BMAS <sup>6</sup>	2	0	
Bundeswahlbeauftragte(r) für die Sozialversicherungswahlen		4	0	
Sonderbeauftragter der Bundesregierung für die Arbeitsmarktintegration von Geflüchteten <sup>7</sup>		0	0	
Beauftragte(r) der Bundesregierung für Tierschutz	BMEL	0	0	
Unabhängige(r) Beauftragte(r) für Fragen des sexuellen Kindesmissbrauchs	BMFSFJ	2	0	
Beauftragte(r) der Bundesregierung für die Akzeptanz sexueller und geschlechtlicher Vielfalt		1	0	
Beauftragte(r) der Bundesregierung gegen Antiziganismus und für das Leben der Sinti und Roma in Deutschland		0	0	
Unabhängige(r) Bundesbeauftragte(r) für Antidiskriminierung		0	0	
Beauftragte(r) der Bundesregierung für die Belange der Patientinnen und Patienten		BMG	7	0
Bevollmächtigte(r) der Bundesregierung für Pflege	2		0	
Beauftragte(r) der Bundesregierung für Drogenfragen	7		0	
Meeresbeauftragte(r) der Bundesregierung	BMUV	1	0	
Koordinator(in) der Bundesregierung für Güterverkehr und Logistik	BMDV	2	0	
Beauftragte(r) der Bundesregierung für den Schienenverkehr		2	0	

Bundesbeauftragte(r)	Ressort	Frage 5	
		a	b
Persönliche(r) Afrikabeauftragte(r) der Bundeskanzlerin	BMZ	2	0
Beauftragte(r) der Bundesregierung für weltweite Religionsfreiheit		2	0
Sonderbeauftragte(r) der Bundesregierung für die Neustrukturierung der Verwaltung und Dezentralisierung in der Ukraine		0	0
Beauftragte(r) der Bundesregierung für den Berlin-Umzug und den Bonn-Ausgleich <sup>8</sup>	BMWSB	0	0
Bundes-Energiebeauftragte(r) (energetisches Bauen) <sup>9</sup>		2	0
Beauftragter der Bundesregierung für die Deutsch-Griechische Versammlung		1	0
Bundesbeauftragte(r) für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik <sup>10</sup>	BKM	0	0
Bundesbeauftragte(r) für Wirtschaftlichkeit in der Verwaltung	BRH	kA	kA
Bundesbeauftragte(r) für den Datenschutz und die Informationsfreiheit	BfDI	5	0

<sup>1</sup> Neu seit 1. Februar 2023.

<sup>2</sup> Mit Einrichtung der/des „Koordinator(in) für die zwischengesellschaftliche Zusammenarbeit mit dem Südkaukasus, der Republik Moldau sowie Zentralasien“ abgeschafft.

<sup>3</sup> Seit 2021 nicht mehr besetzt und nachfolgend abgeschafft.

<sup>4</sup> Neu seit 2023.

<sup>5</sup> Mit Übertragung der Zuständigkeiten für die Geschäftsstelle für Bürokratieabbau und Bessere Rechtsetzung aus dem Geschäftsbereich des Bundeskanzleramtes auf das Bundesministerium der Justiz durch Organisationserlass des Bundeskanzlers vom 8. Dezember 2021 ist auch das Amt des Koordinators für Bessere Rechtssetzung und Bürokratieabbau auf das Bundesministerium der Justiz übergegangen. Mit Kabinettsbeschluss vom 22. Juni 2022 wurde der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister der Justiz, Benjamin Strasser, MdB, als Koordinator der Bundesregierung für Bessere Rechtsetzung und Bürokratieabbau benannt.

<sup>6</sup> Aufgrund der Neugründung des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales sind Daten erst ab dem 22. November 2005 verfügbar.

<sup>7</sup> Neu seit dem 25. Oktober 2023.

<sup>8</sup> Nach Gründung des BMWSB im Dezember 2021 sind die Beauftragten vom BMI zum BMWSB übergegangen.

<sup>9</sup> Nach Gründung des BMWSB im Dezember 2021 sind die Beauftragten vom BMI zum BMWSB übergegangen.

<sup>10</sup> Die/den Bundesbeauftragte/-n gibt es seit dem 17. Juni 2021 nicht mehr (Gesetz zur Änderung des Bundesarchivgesetzes, des Stasi-Unterlagen-Gesetzes und zur Einrichtung einer oder eines SED-Opferbeauftragten vom 9. April 2021).





